

Der Gesellschaftler

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Unterhaltungsbeilagen „Feierstunden“ und „Unsere Heimat“

Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage „Haus-, Garten- und Landwirtschaft“

Bezugspreise:
 Monatlich einschließlich Trägerlohn M 1.60
 Einzelnummer 10 J
Erscheint an jedem Werktag
 Verbreitetste Zeitung im O.A.-Bezirk Nagold
 Schriftleitung, Druck u. Verlag von G. W. Sauer (Karl Sauer) Nagold



Anzeigenpreise:
 Die einpaltige Zeile aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 15 J., Familien-Anzeigen 12 J., Reklame-Seite 45 J., Sammelanzeigen 50%, Ausschlag für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telephonische Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegramm-Adresse: Gesellschaftler Nagold. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Postcheckkonto Stuttgart 5118

Ar. 28

Geegründet 1827

Freitag, den 4. Februar 1927

Fernsprecher Nr. 29

101. Jahrgang

Tagespiegel

Wegen Unzufriedenheit verschiedener Minister droht das vor zwei Tagen gebildete jetzige Kabinett Mynowitsch in Südamerika schon wieder in die Brüche zu gehen.

In Kama (Nikaragua) sind 65 nordamerikanische Marine-Infanteristen an Malaria erkrankt.

In Schanghai geht das Gerücht, das Kantoneer habe sich zum Angriff auf Schanghai in Bewegung gesetzt.

Kriegsschuldfrage und Völkerbund

Kann Deutschland als Völkerbundsmitglied die Kriegsschuldfrage ansprechen?

Diese Frage wird in dem eben erschienenen Januarheft der Berliner Monatshefte „Die Kriegsschuldfrage“ von Professor Dr. Freiherr von Freytag-Loringhoven, W. d. R., bejaht. Es ist derselbe Gelehrte, der unlängst in Stilles Rechtsbibliothek eine außerordentlich wertvolle Erklärung der Sachung des Völkerbunds verfaßt hat.

So gern wir auch dem ausgezeichneten Kenner des Völkerbundsrechts auf diesem Wege folgen möchten, so müssen wir doch ein Fragezeichen hinter seinen Schlussfolgerungen setzen. Wir kommen zu dem Ergebnis: es ist möglich, aber nicht notwendig. Vielmehr kommt es letzten Endes auf den guten Willen des Völkerbunds, vor allem auf die Zustimmung der beteiligten Hauptmächte, also auf das Einverständnis von Frankreich, England, Italien und Japan an, ob sie einer etwaigen Berufung Deutschlands an den Ständigen Internationalen Gerichtshof (St. I. G.) stattgeben oder nicht.

Dieser von dem alten sog. Haager Schieds Hof wohlunterschiedene Gerichtshof hat nach Art. 14 der Völkerbundscharta „über alle ihm von den Parteien unterbreiteten internationalen Streitfragen zu befinden“. Derselbe hat ferner „gütliche Aeußerungen über alle ihm vom Rat oder von der Bundesversammlung vorgelegten Streitfälle oder sonstigen Fragen zu erstatten“.

Letzteres — das ist auch von Loringhovens Auffassung — ist ausgeschlossen. Frankreich wird dies niemals zulassen. England auch nicht. Somit kann und wird weder der Völkerbundsrat noch die Bundesversammlung jemals in der Kriegsschuldfrage in Aktion treten und nur von dem St. I. G. ein Gutachten hierüber einfordern. Etwas anders verhält es sich um Entscheidungen — bis jetzt sind deren 6 erfolgt — über von den Parteien unterbreitete internationale Streitfragen“. Hierüber bestimmt ein der Sachung des St. I. G. unter dem 16. Dezember 1920 beigefügtes besonderes Kollektivabkommen („disposition facultative“), dem von unsern ehemaligen Kriegsgegnern bis jetzt nur Belgien, Brasilien, Portugal und Uruguay beigetreten sind, daß der St. I. G. von den Parteien in „allen Fragen des Völkerrechts“ angerufen werden kann.

Nun fragt es sich vor allem, ob der Art. 231 des Versailler Vertrags (von der Kriegsschuld) eine „völkerrechtliche Frage“ ist? v. Loringhoven bejaht dies, weil anerkanntermaßen Entschädigungsforderungen nur auf rechtlichen und nicht auf bloß moralischen Verpflichtungen aufgebaut werden können. Gewiß! Aber andere urteilen wieder anders. Es könnte nun leicht vorkommen, daß, wenn Deutschland, das allerdings vorher das genannte Kollektivabkommen annehmen mußte, Belgien oder Brasilien auf diese Sache hin beim St. I. G. verlagern würde, die belagerte Partei die Zuständigkeit des St. I. G. bestritten könnte. Was dann? Allerdings heißt es in Art. 36 (Schluß): „Wird die Zuständigkeit des St. I. G. bestritten, so entscheidet dieser.“ Ob aber dieser der deutschen Auffassung über den völkerrechtlichen Charakter des Art. 231 beitreten wird? Bis jetzt hat der St. I. G. (es sind 11 Richter unter dem Vorsitz des Schweizer Rechtsgelehrten Huber) — wir erinnern nur an den Fall der Chorzower Eisenwerke — unparteiisch geurteilt. Aber eine Bürgschaft haben wir keineswegs dafür, daß auch in dieser Frage in unserem Sinn entschieden werden mußte.

Trotz alledem: der Weg, den v. Loringhoven angibt, ist eines Versuchs wert. Und hierin darf das deutsche Volk kein Mittel unversucht lassen. Handelt es sich doch in der Kriegsschuldfrage um eine der allerwichtigsten Lebensfragen unserer Nation.

Neuestes vom Tage

Dr. Köhlers Nachfolger
 Karlsruhe, 3. Febr. In der heutigen Sitzung des bad. Landtags wurde mit den Stimmen der Weimarer Koalition der bisherige Ministerialdirektor im Unterrichtsministerium, Geheimrat Dr. Franz Joseph Schmidt (Ztr.), zum badischen Finanzminister gewählt. Das Amt des Staatspräsidenten wurde dem Justizminister Dr. Trunk (Ztr.) übertragen.

Der Völkerbund gegen die Raubgäste
 Genf, 3. Febr. Der Opiumausschuß des Völkerbunds nahm eine Entschlieung an, in der folgende Forderungen aufgestellt werden: Die Regierungen aller Länder, in denen Opiumpflanzungen hergestellt werden, soll planmäßig Nachforschungen darüber anstellen, auf welche Weise und wo die Hersteller und die Händler sich verforoen. In Zukunft soll

Die Regierungserklärung

Berlin, 3. Febr. Die Regierungserklärung, die Reichsanwalt Dr. Marx heute im Reichstag abgab, lautet:

Die Reichsregierung, die am heutigen Tage vor die deutsche Volksvertretung tritt, ist der einmütigen Auffassung, daß die Grundlage unserer Politik, die Anerkennung der Rechtsgültigkeit der in der Verfassung von Weimar gegründeten republikanischen Staatsform, auch für die Arbeit der neuen Regierung volle Geltung behalten soll. Auch der Herr Reichspräsident hat in dem an mich gerichteten Briefe vom 20. Januar in feierlicher Weise erklärt, daß die neue Reichsregierung getreu der geltenden Weimarer Verfassung ihr gesamtes politisches Handeln einstellen soll. Dank dem gefundenen Sinn für Ordnung und dem ungebrochenen Lebenswillen des deutschen Volkes kann unser wiederhergestelltes deutsches Staatswesen heute als innerlich gefestigt angesehen werden. Es ist der einmütige Wille der Reichsregierung, für den Schutz, die Achtung und die Ehre unserer geltenden Verfassung in ihrer Gesamtheit, ihrer Organe und ihrer Reichsarten, wie sie in Artikel 3 der Reichsverfassung festgelegt sind, mit Tatkraft einzutreten. Es ist die selbstverständliche Auffassung aller in der gegenwärtigen Regierung zusammengeschlossenen Fraktionen, daß Änderungen von Einzelheiten der bestehenden Verfassung auf dem verfassungsmäßig vorgeschriebenen Wege vorgenommen werden müssen. Jeden Versuch gewaltsamer oder sonst ungezügelter Abänderung wird die Reichsregierung als Hochverrat ahnden, insbesondere wird sie auch gegen alle Vereinigungen, die den rechtswidrigen und gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsform bezwecken, vorgehen.

Die Treupflicht — selbstverständlich unter Wahrung des verfassungsmäßig gewährleisteten Rechts auf freie Meinungsäußerung — gilt vor allen für die Beamten. Diesen ist die Beteiligung an den vorgenannten Vereinen und Bestrebungen zu verbieten. Der tatkräftige Schutz der Weimarer Verfassung schließt keineswegs aus, der großen Vergangenheit Deutschlands mit Achtung zu gedenken.

Aus christlichem Mutterboden heraus muß sich der Geist des deutschen Volkstums immer wieder erneuern. Solche Gedankengänge werden ihre Auswirkung finden bei dem von der Reichsregierung in Aussicht genommenen Reichsschulgesetz. Grundlage dieses Gesetzes ist die Reichsverfassung; nach deren Wortlaut und Sinn müssen auch die Frei-

ferner jedem Hersteller, der bewußt Betäubungsmittel für andere als medizinische und wissenschaftliche Zwecke liefert, das Recht der Herstellung, der Einfuhr und des Handels mit Betäubungsmitteln entzogen werden. Erlaubnisheine dürfen nur noch Personen erteilt werden, die einwandfrei ihre Tätigkeit nachweisen.

Frankreich und der Vatikan
 Paris, 3. Febr. In einer Versammlung zur Errichtung eines Denkmals für die im Weltkrieg gefallenen 240 000 Briten in Paris sollten der Erzbischof von Rouen und Admiral Scherer, der Ehrenvorsitzende der Liga der „Action Française“, am Vorstandssitz sitzen. Vor der Veranstaltung begab sich der päpstliche Nuntius Magliani zu dem Erzbischof, um ihn darauf aufmerksam zu machen, daß es nach den Weisungen des Vatikans einem Vertreter der Kirche nicht gestattet sei, neben einem Mann wie Admiral Scherer von der kirchenseindlichen „Action Française“ zu sitzen. Der Admiral verzichtete darauf auf die Beteiligung. Als aber in der Versammlung an seiner Stelle ein General sprechen wollte, entstand im Saal ein stürmischer Widerdruck und der General mußte auf seine Rede verzichten. Die Presse, selbst die nationalistische, rief heftige Angriffe gegen den Nuntius und erklärte, Frankreich werde keine Rücksicht auf lokale nationalen Angelegenheiten dulden.

Polnische Entschädigungsansprüche in Pommern
 Warschau, 3. Febr. Bei der Eröffnung einer Abteilung der staatlichen Agrarbank in Graudenz hielt der Minister für Agrarreform, Staniewicz, eine Rede, worin er ankündigte, in Pommern werden insgesamt 140 000 Hektar Outland aufgeteilt werden, davon 56 000 aus polnischen, dagegen 84 000 aus deutschem Besitz. Als Begründung dafür, warum die Hauptlast auf den deutschen Besitz entfalle, gab Staniewicz an, daß die deutschen Besitzungen in höherer landwirtschaftlicher Kultur stehen und bessere Verkehrsverbindungen haben. Staniewicz gibt also zu, daß während der deutschen Herrschaft in Pommern wertvolle Kulturarbeit geleistet worden ist; sonst wird das immer bestritten. Polen will jetzt die Nutznießung dieser Arbeit antreten. Eine Frage ist nur, ob die neuen polnischen Bewirtschaftler die landwirtschaftliche Kultur auf der gegenwärtigen Höhe werden halten können. Seit dem Uebergang Pommerns in polnischen Besitz sind viele deutsche Ansiedler verdrängt worden; ihr Besitz ist jetzt in polnischen Händen, aber er ist wie selbst polnische Stellen klagend feststellen, in den meisten Fällen gänzlich heruntergewirtschaftet. Der Zweck der Agrarreform gerade in Pommern liegt ja auch nicht auf wirtschaftlichem, sondern auf politischem Gebiet. Die polnische Reform zerstört, aber sie baut nicht auf.

heit des Gewissens und die Rechte der Eltern gewahrt und der Religionsunterricht in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaft unbeschadet des Aufsichtsrechtes des Staats gesichert werden. Auch ist für eine grundsätzliche Gleichstellung der in Artikel 146 der Reichsverfassung vorgezeichneten Schularten zu sorgen. Die Reichsregierung vertraut auf die altbewährte und treue Mithilfe der Beamenschaft. Die Reichsregierung ist sich der schwierigen Lage sehr weiter Schichten der Beamten durchaus bewußt. Ihre Rechte und Interessen, auch ihr materielles Wohl nach Kräften zu fördern, betrachtet sie deshalb als eine selbstverständliche vornehmste Pflicht.

Was die Finanzlage des Reichs angeht, so wird es das Bestreben der Reichsregierung bleiben, die Interessen des erwerbsfähigen Volks in allen seinen Schichten mit denen der öffentlichen Wirtschaft in Einklang zu halten.

Dem Hohen Haupte liegt der Entwurf eines Gesetzes über einen provisorischen Finanzausgleich vor, dessen baldige Verabschiedung dringend erwünscht erscheint. Darüber hinaus wird es das Ziel der Reichsregierung sein müssen, eine Uebereinstimmung mit den Ländern über die Gesamtheit des Finanzausgleichsproblems möglichst bald herbeizuführen. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß es niemals Aufgabe der Reichsregierung sein kann, auf den Umwegen über die finanziellen Beziehungen des Reichs zu den Ländern diesen die Selbstständigkeit, die ihnen durch die Reichsverfassung gewährleistet ist, zu nehmen oder zu unterhöhlen.

Der Wehrmacht wird die Reichsregierung ihre besondere Aufmerksamkeit und Fürsorge widmen. Das Heer muß dem politischen Kampf ein für allemal entzogen werden. Das von mir an dieser Stelle am 16. Dezember 1926 entwickelte Programm einer endgültigen Lösung der Reichswehr von aller Politik wird ohne Einschränkung zur Ausführung gebracht. Die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 31. Dezember 1926 über ungeschickte Einkellungen wird strengstens durchgeführt werden. Es werden ferner der Öffentlichkeit in nächster Zeit ergänzende Anordnungen bekanntgegeben werden, nach denen beim Rekrutierungsvorgang die Berücksichtigung aller verfassungsmäßigen Interessen, sowie unter Mitwirkung der Verwaltungsbehörden der Länder durch die Reichsregierung die Einnahme der Einnahme aller verfassungsmäßigen Interessen bei der Einstellung von Freiwilligen gewährleistet sind.

Daß ich bei der Durchführung dieses Programms in vollster Uebereinstimmung mit dem Herrn Reichswehraminister und den Herren Chefs der Heeres- und Marineleitung zusammenarbeite, stelle ich mit allem Nachdruck fest. Ich richte andererseits an alle Parteien, denen die Befundung unserer staatlichen Lebens am Herzen liegt, und an die gesamte deutsche Öffentlichkeit die Aufforderung, auch ihrerseits unserer Wehrmacht das Vertrauen entgegenzubringen, das sie sich durch ihre selbstlose Aufbaubarbeit unter den schwersten Bedingungen verdient hat und weiter verdienen soll.

Auf keinem Gebiete ist die Stetigkeit in den Zielen der Reichsregierung in höherem Grade die Voraussetzung fruchtbringender Arbeit, als auf dem Gebiete der Außenpolitik. Diese Stetigkeit ist Grundlage des internationalen Vertrauens. So versteht es sich von selbst, daß die Reichsregierung die bisherige Außenpolitik im Sinn der gegenseitigen Verständigung weiterverfolgen wird. Diese Linie ist klar und eindeutig ersichtlich aus den mit Zustimmung der verfassungsmäßigen Instanzen getroffenen Entscheidungen der letzten Jahre. Diese Außenpolitik ist gekennzeichnet durch den Verzicht auf den Gedanken der Revanche. Wie auch immer die Haltung einzelner Parteien in der Vergangenheit gewesen sein mag, für die Zukunft können die durch das Abkommen von Locarno und den Eintritt in den Völkerbund angebahnte Entwicklung und die dadurch geschaffene Grundlage allein maßgebend sein. Reichsanwalt und Außenminister würden dem an sie ergangenen Ruf zur Uebernahme ihrer Ämter nicht entprochen haben, wenn sie nicht durch die geführten Verhandlungen über die Regierungsbildung die feste Gewähr dafür besäßen, daß die bisherige Außenpolitik im Sinn der gegenseitigen Verständigung von allen Mitgliedern des Kabinetts einmütig gebilligt wird und daß hinter dieser einmütigen Billigung diejenigen Fraktionen stehen, welche die Regierung unterstützen.

Auf dem Weg dieser Politik liegen hinter uns die Befreiung des Ruhr- und Sanktionsgebiets, die Räumung der norddeutschen Rheinlandzone und die Beendigung der Tätigkeit der fremden Militärüberwachungskommissionen in Deutschland, sowie die noch in den letzten Tagen erfolgte Erledigung der beiden letzten Restpunkte. Auf dem gegenwärtigen Weg liegen aber noch vor uns noch immer schwere Aufgaben; denn noch bedarf es erneuter ernster Arbeit, um für unser Volk die Stellung der moralischen und politischen Gleichberechtigung wiederzugewinnen, die ihm unter den anderen Völkern zukommt. An erster Stelle steht dabei die Aufgabe, die freie Ausübung der Souveränität über das deutsche Staatsgebiet wiederherzustellen.

Wenn wir uns nunmehr der inneren Lage Deutschlands in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht zuwenden, so sehen wir vor der Tatsache, daß der Weltkrieg eine tiefere soziale Umwälzung in unserem Volk geschaffen hat. Die Zahl der Arbeitslosen und Beschäftigten hat sich vermehrt. Alle wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen der Reichs-

regierung müssen von dem Streben zugehen, nach aller Möglichkeit die ungeheure Zahl der Arbeitslosen zu verringern und die Lage dieser Unglücklichen zu verbessern.

Die Arbeitslosigkeit in ihrem gegenwärtigen Ausmaß kann durch staatliche Mittel allein nicht beseitigt werden, doch kann eine geeignete, möglichst Werte schaffende Sozialpolitik dazu beitragen, die Not zu lindern.

Auch für das ganze Arbeitsrecht soll der große Gedanke der Gleichberechtigung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer ihres paritätischen Zusammenwirkens in Betrieb und Beruf in gleicher Weise wie bisher bestimmend bleiben und immer mehr zur praktischen Auswirkung gebracht werden.

In der Sozialversicherung sieht die Reichsregierung ein hervorragendes und unentbehrliches Mittel zur Erhaltung von Arbeitskraft und Volksgesundheit, zur Versorgung der Arbeitnehmer bei Krankheit oder Unfall, Berufsunfähigkeit oder Invalidität.

Die Zinsen bei Steuerfundungen. Nachdem der Reichsminister der Finanzen den Satz für Stundungszinsen für die Zeit vom 1. Februar 1927 ab auf 5 Prozent festgesetzt hat, gilt nach einer Bekanntmachung der Ministerien des Innern

der Erleichterung des Hilfsbedürftigen zur Selbsthilfe, in der Heilung und Linderung sozialer Schäden. Das deutsche Volk reicht allen Kulturvölkern die Hand in dem ernstesten Streben, dem sozialen Fortschritt in der ganzen Welt zu dienen.

Noch lastet die Wohnungsnot mit allen ihren schädlichen Folgen auf unserem Volk. Ihre Bekämpfung durch Förderung des Wohnungsbaus wird nachdrücklich betrieben werden, jedoch der schlimmste Notfall in einigen Jahren behoben sein wird.

Die Sozialpolitik setzt lebensfähige Wirtschaft voraus. Sie ist aber zugleich die Voraussetzung für die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft. Diese Wechselwirkung findet Arbeiter und Unternehmer in einer natürlichen Gemeinschaft, die aber auch innerlich empfinden und missig getragen sein will.

Die Pflege unserer heimischen Landwirtschaft wird sich die Reichsregierung ganz besonders angelegen sein lassen. Sie ist davon durchdrungen, daß sie damit nicht allein dem landwirtschaftlichen Besitzer in seinem schweren Ringen beisteht und für die landwirtschaftlichen Arbeiter und Kleinbauern die Voraussetzung für die dringend notwendige Verbesserung ihrer Lebensgrundlage schafft, sondern daß durch die zu schaffende Hebung des ländlichen Konsums allen Gewerben ein lebhafter Antrieb gegeben, der Beschäftigungsmöglichkeit der industriellen Arbeiter erweitert und mittelbar die deutsche Handels- und Zahlungsbilanz verbessert wird.

Württemberg

Stuttgart, 3. Febr. Eisenbahnverkehrsunfall. Am 3. Februar 1927, vorm. 11 Uhr, ist der von Schiltach kommende Güterzug Nr. 9351 bei der Einfahrt in Freudenstadt Hbf. auf der Einbahnweiche mit dem Tender der Lokomotive, dem Gepäckwagen und 5 dem Gepäckwagen folgende Güterwagen entgleist.

Stuttgart, 3. Febr. Vom Landtag. Dem Bernehmen nach wird der Landtag nicht, wie ursprünglich geplant, am 8. Februar, sondern erst am 10. Februar zusammentreten.

Die Zinsen bei Steuerfundungen. Nachdem der Reichsminister der Finanzen den Satz für Stundungszinsen für die Zeit vom 1. Februar 1927 ab auf 5 Prozent festgesetzt hat, gilt nach einer Bekanntmachung der Ministerien des Innern

und der Finanzen dieser Zinsfuß ohne weiteres auch bei Stundung der in Art. 1, 2 und 7 der Bundessteuerordnung genannten Staatssteuern, Gemeindesteuern und sonstigen Geldleistungen.

Der Wasserverbrauch der Landeshauptstadt. Der Wasserverbrauch ist in Stuttgart seit 1913 sehr stark gestiegen, und zwar von 11,1 auf 17,1 Millionen Kubikmeter. Der jährliche Wasserverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung hat sich also einen Höchststand erreicht; er betrug 1913 36,38 1926 48,86 Kubikmeter.

Immer noch sehr hoher Krankenstand. Nach dem Wochenbericht der Stuttgarter Ortskrankenkassen vom 24. bis 29. Januar betrug der Krankenstand am 22. Januar 12.639 oder 7,91 Prozent. Zu Beginn der Berichtswochen 1927, Abgang 5448, Krankenstand am 29. Januar 12.412 oder 7,78 Prozent.

Krankheitsstatistik. In der 3. Jahreswoche vom 16. bis 22. Januar wurden folgende Fälle von gemeindefählichen und sonstigen übertragbaren Krankheiten in Württemberg amtlich gemeldet: Diphtherie 21 (tödlich 1), Rindpestfieber 2 (2), Ungeheuer und Rehfopftuberkulose 2 (32), Scharlach 15 (-), Typhus 3 (1), Malaria 1 (-).

Der neue Rektor des Realgymnasiums. Der Staatspräsident hat die Vorstandsstelle an dem Dillmann-Realgymnasium dem Oberstudiendirektor Dr. Breitweg an dem Gymnasium in Cannstatt übertragen.

Aus dem Lande

Juffenhäuser. 3. Febr. Eine Landplage. In der Jagenhäuserstraße haben sich in letzter Zeit wieder Zigeuner und sonstiges fahrendes Volk niedergelassen, ja sie haben sogar von den dortigen Platinhabern Platz gepachtet zu Aufstellung ihrer Wagen. Durch ihre Unsauberkeit und Bettelei werden sie zu einer großen Landplage für die Bevölkerung.

Kittlingen. 3. Febr. Bahnverbindung. Die Bahnverbindung nach Kürnberg scheint nun doch Wirklichkeit zu werden. Die Reichsbahn hat bereits den Auftrag erhalten, die nötigen Berechnungen anzustellen, inwieweit die Bahn und deren Betrieb nutzbringend sei.

Tübingen. 3. Febr. Von der Universität. Der Staatspräsident hat die außerordentliche Professur für bürgerliches Recht an der rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Tübingen dem außerordentlichen Professor Dr. Heinrich Scholl in Freiburg übertragen und ihm die persönlichen Rechte eines ordentlichen Professors verliehen.

Dettingen. 3. Febr. Unfall im Wald. Dem 27jährigen Bauj Wilhelm Schupp wurde von dem Stumpen einer abgeägten Tanne, der zurückfiel, der Fuß am Knie abgeschlagen. Der Verunglückte wurde in die Klinik nach Tübingen überführt.

Mengen. 3. Febr. Der jähliche Rechtsanwalt. Vorige Woche stieg ein angeblicher Rechtsanwalt in einem Gasthaus in Gammaringen ab und behauptete, die Braut des verstorbenen Bruders des Gastwirts in 14 Tagen zu heiraten.

Vom Bayerischen Mügg. 3. Febr. Die Rebehornbahn gesichert. Zeichnungen für den Bau der Rebehornbahn laufen so zahlreich ein, daß mit einer Ueberzeichnung der erhofften Voranschlagsumme gerechnet werden kann.

Aus Bayern. 3. Febr. Gegen die Samstagsbälle. Der Würzburger Bischof wendet sich in einem oberhirtlichen Erlaß gegen die Samstagsbälle, die sich zu meist tief in den Sonntag hinein erstrecken, wodurch der Besuch des Sonntagsgottesdienstes leidet.

Thomas Hüglins Sonnenflug

Roman von Karl Gauchel. Dort, wo er in der Dunkelheit der Louis-Ferdinand-Hütte vermutete, lag ein blutroter Schein über den nächtlichen Himmel gegossen. Aber das war nicht der Schimmer der Hochöfen, das stieg auf, wie feurige Nebel, und ungefügte Flammen loderten dazwischen.

gefolgt waren, und nun wußte er: Hier hatte die Rachgier, hier hatte die getretene Menschenseele gewüthet. Die Verblendeten! Gegen sich selbst wütheten sie, aber sahen sie es denn ein? Da kostete der Zorn in ihm auf, und mit wenigen Sprüngen stand er mitten zwischen den Leuten, die mit finsternen Gesichtern untätig die Wandstätte umlagert hielten.

Und dahinter, dicht an der Schwelle, lag bewußtlos Hans Westermann. Hüglin ließ die Art sinken und lud den schweren, leblosen Körper auf seine Arme. Und wieder ging's tastend und leuchtend durch den dunklen Flur, dem Ausgang zu. Diesmal etwas besser als zuvor, der beißende Qualm verzog sich in breiten Schwaden durch die geöffneten Fenster.

Herren-Konfektion

kauft man bei

Anzüge	in neuen Mustern und Formen	M 30.00 35.00 40.00 43.00 50.00 55.00 60.00 bis M 125.00
Mäntel	in vielen Formen und Mustern für jede Jahreszeit	M 27.00 30.00 35.00 40.00 50.00 60.00 bis M 140.00 Lodenmäntel von M 20.00 bis M 50.00 Gummimäntel von M 16.00 bis M 60.00
Hosen	Jeughosen M 4.50 bis M 9.00 Leberhosen M 5.00 bis M 13.00	Sauntfordhosen M 9.00 11.00 14.00 Halbwollene Hosen M 8.00 bis M 21.00

Breite Befähigung ohne Kaufzwang!

Paul Räuchle, am Markt, Calw.

Magold.
Am Sonntag, 6. Febr. nachm. 4 Uhr in der Turnhalle große

Propaganda-Boxkämpfe

wozu jedermann eingeladen ist
Turnhalle ist geheizt.

1. Stuttgarter Box-Club E. V.
J. A. Sahrner.

Bollmaringen.

Langholz-Verkauf.



Am Samstag, den 5. Februar, nachmittags 12 1/2 Uhr, kommen im Gemeinwald Biegel und Ruhstette zum Verkauf: 404
76 Stk. Langholz - 58 Fm. II.-V. Kl.
darunter sehr schönes Küblerholz.
Zusammenkunft am Waldeingang nach Gündringen.
Daran anschließend um 3 1/2 Uhr auf dem Rathaus
30 Fm. im Submissionsweg 62 Stk. IV.-V. Kl.
Den 2. Februar 1927.

Der Gemeinderat.

Einen 11 Ztr. schweren, gut gewöhnten

Stier



hat zu verkaufen
Kleophas Graf, Bollmaringen D.-A. Horb.

Magold

Löwenlichtspiele.

Samstag abend 8.15
Sonntag 2.30, 4.30, 8.15

Die Jagd um die Welt in 18 Tagen

3. und letzter Teil
Auf glühendem Vulkan, Japan und San Franzisko, sowie Luftspiel

Baby Peggy als Kinostar,

dazu die neuste Wochenschau aus aller Welt.

2 Zimmer

als Lager oder Arbeitsräume sind in meinem Hause in der Hailerbacherstraße zu vermieten.

Gottlieb Günther.
Möbelschneiderei 427

Sulz. 426
33 Wochen trüchtige



Kalbin

verkauft Montag, nachm. 1 Uhr
Jakob Röhm, Weber.
Böndorf i. Gäu.
Habe ca. 15 Ztr. schöne

Korbweiden

gegen Höchstgebot abzugeben 423
Wilh. Hiller.
Gut möbliertes, heizbares, sonnig gelegenes

Deutsche und spanische Natur-Weine

1/4 Liter von 40 S an
Fr. Kurlenbaur z. „Löwen“
Magold Tel. 91.

Zimmer

auf sofort zu vermieten.
Näheres durch die Geschäftsstelle. 397

Bürgerpartei

Zusammenkunft heute abend in der „Post“.

Sfelshausen, den 2. Febr. 1927.



Todes-Anzeige.


Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Dorothea Kauser

geb. Rockenbauch
im Alter von 78 Jahren nach kurzer Krankheit in die ewige Heimat abzurufen.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Christian Kauser, Gipsermeister
Gottlieb Kauser, Schultheiß.
Beerdigung Samstag mittag um 2 Uhr.

Oberjettingen, 3. Febr. 1927.



Todes-Anzeige.

Tiefbetrübt teilen wir Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht mit, daß meine liebe Gattin, unsere treuerforate Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Karoline Röhm

geb. Rothfuß
heute früh 1 1/2 Uhr nach kurzem, schwerem Leiden im Alter von 63 1/2 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Der schwergeprüfte Gatte:
Jakob Röhm, Bauer
mit Kindern, Schwiegerkinder, Schwiegerköchtern und Enkeln.

Beerdigung Samstag nachmittag 2 Uhr.

Calw-Mindersbach, 3. Febr. 1927.



Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei dem Hinschied unserer lieben Entschlafenen,

Margarete Kern

Witwe
für die trostreichen Worte des Herrn Geistlichen, sowie all denen, die ihr Gutes und Liebes erwiesen haben, sagen wir auf diesem Weg unseren herzlichsten Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Fr. Lörcher und Frau Lydia
geb. Bollmer.

Gebetbücher bei G. W. Zaiser, Buchhandlung.

Maria Grüninger
Eugen Schnepf
grüßen als Verlebte

Magold Februar 1927

5% Anleihe des Deutschen Reiches

v. 1927

untilgbar bis 1934, ab dann Verlosung zu 100%.

Wir nehmen Zeichnungen zum Originalkurs von **92%**

vom 3. 11. Februar kostenfrei entgegen. 437

Die Stücke lauten auf M. 100.—, 200.—, 500.—, 1000.—, 2000.—, 50.000.—, 100000.—, 200000.—

Zinstermin: Februar / August.

Carl Weil & Co.

Bankgeschäft

Horb a. N. | Tübingen

Schillerstraße 320 Uhlandstraße 6
Telefon Nr. 78 und 139. Telefon Nr. 623.



Sederypflage

ist das Wichtigste, was Sie von einer Schuhcreme verlangen müssen. Aber nur die aus reinem Terpentinöl und edlen Wachsen zusammengesetzte Creme bietet Gewähr dafür, daß dem Leder die Stoffe zugeführt werden, die es braucht, um stets geschmeidig zu bleiben. Verwenden Sie deshalb die von allen Verbrauchern geschätzte Ledercreme

Erdal

putzt die Schuhe pflegt das Leder!

Mit der Feier

Erjch

Verb

Schiffstun

Telegramm

Nr. 29

Nach der

Wache eröff

Abg. M

Herr Dr. V

bestigen Ang

Geprellte bei

Volksparlei.

weil es Ren

minister Dr.

Nit der Abl

Deutschland

wie keiner P

haben sich zu

mit erkennen

sondern auch

national, ruf

den Versicher

ein Mitglied

außenpolitisch

eine reine B

ein baldiges

Abg. Gra

der Deutschl

reicht worden

aufgestellt hat

zu erreichen,

ziehung man

grundfäßliche

linie ist von

stelt worden.

des Zentrums

Verhandlungs

kennnis dazu

veröffentliche

kein vollständ

bene Regierung

haben. Wir

deutsche Anse

politischer Lag

Grundfab, da

treiben muß.

gleichschaff im

Grundlagen d

und Revanche

Verständigung

Methode der

Die Offestun

ist vor dem E

schlossen worde

schem Boden s

nicht die Rede

Preisgabe un

langt und nich

ferer ganzen

kennnis zum

kenntnis zur

wir wollen in

Verfassung sch

Punkten für

tionsregierung

Veränderungs

stellen. Der E

farben wird u

und ohne pers

größen es, daß

mit dem Zent

Diesem ersten

den Landesreg

freuen uns, daß

die Achtung vo

Vergangenheit

wird durch un

halten.

Präsident S

trag, die Rede

kosten in allen

anschlagen zu

Abg. Dr. e

jeine Fraktion

sage einer Her

bisher erhobene

tion aufrechter

in der Hand,

hchern, indem

nehmen wir ein

Abg. Dr. S

nationalen durc

gerung gezogen

muß, wenn sie

habe schon jezt

fehlung des Ab

Fortdauer der

lichen Zustände

werden. Die d

Vertrauen im